

Fass ohne Boden

Es ist grundsätzlich nicht neu, dass Griechenland ein Fass ohne Boden ist. Gemessen an der Bevölkerung (11 mio) ist der Umfang des Finanzlochs jedoch gewaltig. Und es spielt keine Rolle, wie das Referendum ausgeht, es wird auf jeden Fall Wochen, wenn nicht Monate dauern, bis es zu belastbaren Beschlüssen kommt.

Der IMF meldet, dass Athen weitere €60 Mrd benötigt um die Zahlungsunfähigkeit zu vermeiden. Da die Wirtschaft aber völlig zerstört ist, müssen die aktuellen Schulden in Höhe von €323 Mrd wohl zuerst teilweise erlassen werden, da die Bruttobelastung unerträglich wäre, wenn Neu-Hilfen einfach auf die bestehenden Schulden draufgesattelt würden.

Apropos: Nicht eingerechnet sind jene €90 Mrd, welche die EZB in der Form von ELA-Krediten gewährt hat. Pikant: In 2011 erreichte die Nominal-Verschuldung zum ersten Mal den Umfang von €300 Mrd, weshalb der Privatsektor in 2013 gezwungen wurde, auf 53% der damaligen Nominal-Forderungen zu verzichten. Wie der Schuldenberg in so kurzer Zeit erneut diesen monströsen Umfang erreichen konnte, bleibt allein das Geheimnis der an diesem Spektakel auf beiden Seiten beteiligten Akteure.

Wie geht es weiter? Die Banken sind geschlossen, Rentner und Waisen bekommen kein Geld. Die EU befürchtet eine „humanitäre“ Katastrophe und trifft Hilfsmaßnahmen – auch das kostet Geld. Irgendwann wird jemand die Frage stellen, wer dafür verantwortlich war. Wir wagen deshalb folgende Prognose: Die FDP war stets gegen die Griechen-Hilfen. Würde der Wählerzorn in Deutschland Frau Merkel treffen, dann würde daraus nach dem Scheitern der AfD der Garant für eine Renaissance der FDP.

Apropos: Neues aus der Deutschen Bank

- Anfang Juni gab es eine Razzia (angeblich wegen Cum-Ex-Geschäften). Insider berichten, dass der Vorwand der Razzia (Nummus) nur ein Mittel zum Zweck war (trojanisches Pferd) – gesucht wurde tatsächlich etwas Anderes.
- Anfang der Woche kolportierte die Sensations-Presse neue Ermittlungen der Staatsanwaltschaft in Sachen Libor-Skandal, obwohl die Bank bereits sämtliche Verfahren beigelegt hat (siehe Bußgelder €3,3 Mrd). In Wahrheit ermittelt die Staatsanwaltschaft jetzt gegen jene 4 Zinshändler, die von der Bank gefeuert wurden, dann aber wieder eingestellt werden mussten, weil das Arbeitsgericht Frankfurt entschied, dass die Akteure zu Unrecht gefeuert wurden. Der Staatsanwalt ermittelt also nicht gegen die Bank, sondern gegen Personen, die die Bank schon immer feuern wollte – aber nicht durfte.
- Gestern verblüfften die Verteidiger im aktuellen Strafprozess gegen den Vorstand in München: Sie **erschüttern** das zentrale Beweisdokument der Staatsanwaltschaft – denn das OLG hat im letzten Verfahren die Beklagten-Aussagen falsch protokolliert. Die Verteidiger belegen **unvollständige** und teilweise sogar **sinn-entstellende Aussage-Protokolle**, wodurch die Angeklagten zu Unrecht belastet werden. Die Bank hatte seinerzeit einen eigenen Stenografen im Gerichtsaal und aufgrund dieses Wortprotokolls sah sich der Vorsitzende Richter Kotschy genötigt, „verdichtete“ und „gebündelte“ Aussagen einräumen zu müssen. Hmmm ?